Wirtschaft

»Wenn Sie überzeugt sind, dann ändern Sie den Weg nicht, weil Ihnen jemand widerspricht.« ▶ S. 64

Amazon-Fresh-Lager in Berlin

HC PLAMBECK / LAIF

Konsum

Onlinehandel boomt

63,9 Milliarden Euro werden die Deutschen laut einer Studie 2018 im Internet ausgeben.

● Die Deutschen gaben in den Monaten April bis Juni 5,6 Milliarden Euro im Onlinehandel aus – eine Steigerung von 11,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Ähnlich stark wuchsen auch die Ausgaben für digitale Dienstleistungen, etwa Hotelbuchungen oder elektronische Tickets. Dieser Bereich war für 4,6 Milliarden Euro Umsatz im zweiten Quartal 2018 verantwortlich. Die Zahlen stammen aus einer Verbraucherstudie des Bundesverbands E-Commerce und Versandhandel Deutschland (bevh), für die Privatpersonen zu ihrem Ausgabeverhalten befragt werden. Besonders stark wuchs der Bereich Einrichtung, zu dem Möbel oder Haushaltsgeräte gehören, dieser stieg um 23 Prozent auf 957 Millionen Euro. Auch die zunehmende Akzeptanz von Lebensmittellieferdiensten macht sich bemerkbar; das Wachstum liegt hier bei knapp 27 Prozent. 346 Millionen Euro wurden in dem Segment umgesetzt. Die Onlineumsätze mit Büchern und E-Books stiegen um 4,5 Prozent auf 863 Millionen Euro. Für das Jahr 2018 geht der bevh von einem Gesamtwachstum von 9,3 Prozent aus. 63,9 Milliarden Euro würden dann hierzulande online umgesetzt. Zum Vergleich: Der Gesamtumsatz des deutschen Handels wird für dieses Jahr auf 523 Milliarden Euro prognostiziert. MUM

Grundstücke

Städte fordern Steuer auf Bodenpreissteigerungen

● Von steigenden Grundstückspreisen und Mieten betroffene deutsche Kommunen schlagen Alarm. Unter Federführung der Münchner Initiative für ein soziales Bodenrecht haben mehr als 60 Vertreter von Städten und Verbänden sowie aus der Wissenschaft Forderungen formuliert, die sich vor allem an Bund und Länder richten. »Selbst für die Mittelschicht in den Städten wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper«, sagt Stephan Reiß-Schmidt, ehemaliger Leiter der Stadtentwicklungsplanung in München. »Die Planungs- und Förderinstrumente der Kommunen reichen bei Weitem nicht aus, um hier wirksam Abhilfe zu schaffen.« Die Initiative fordert daher, das Boden- und Planungsrecht sowie das Steuerrecht zu ändern. Unter anderem schlagen die Städtevertreter vor, eine Steuer auf Wertsteigerungen von Grundstücken zu erheben, die vor allem auf städtebauliche Entwicklungen zurückzuführen sind. Eine solche Abgabe könne dazu beitragen, die Stadtentwicklung zu finanzieren, aber auch preisdämpfend wirken. Die Steuerfreiheit für Verkäufer privater Grundstücke nach zehn Jahren solle aufgehoben werden, Kommunen sollen ein weitreichendes Vorkaufsrecht erhalten, wenn Grundstücke zum Verkauf stehen. Die Agenda geht unter anderem an die Bundesregierung und an eine im Koalitionsvertrag vereinbarte Enquetekommission zu dem Thema. MHS